

Antrag für eine Stellungnahme des Attac-Rats zur „Abgrenzung gegen rechts“
Eingebracht von Bruno Marcon (Attac-Rat)

Von Beginn an war Attac damit konfrontiert, dass die neoliberale Globalisierung auch von rückwärtsgewandeten, nationalistischen Kräften kritisiert wird und hat mit Blick darauf in seinem Selbstverständnis klar Position bezogen:

"Wer bei Attac mitmacht, kann christliche oder andere religiöse Motive haben, AtheistIn, HumanistIn, MarxistIn sein oder anderen Philosophien anhängen. Attac hat keine verbindliche theoretische, weltanschauliche, religiöse oder ideologische Basis und braucht eine solche nicht. Vielfalt ist eine Stärke.

Dies heißt allerdings nicht völlige Beliebigkeit. Für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es keinen Platz.

Der Grundkonsens von Attac lautet:

- Attac lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung, die neoliberal dominiert und primär an den Gewinninteressen der Vermögenden und Konzerne orientiert ist, ab: Die Welt ist keine Ware.
- Attac wirft die Frage nach wirtschaftlicher Macht und gerechter Verteilung auf.
- Attac setzt sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten, für Demokratie und umweltgerechtes Handeln ein.
- Attac setzt sich in allen Bereichen für Geschlechtergerechtigkeit ein."
(Attac-Selbstverständnis von 2006)

Im Gegensatz dazu gehen rechte Ansätze immer von einem imaginären nationalen Kollektiv aus, dem gemeinsame Interessen unterstellt werden, die in Gegensatz zu den Interessen anderer Nationen gestellt werden. Diese nationale Gemeinschaft ist immer ausgrenzend, wird also nie als alle innerhalb der Landesgrenzen Lebenden gedacht – es gibt immer "Ausländer", die nicht dazugehören sollen. Die Vorstellung vom nationalen Kollektiv geht in fließenden Übergängen von rechtskonservativen Ansätzen bis hin zur nationalsozialistischen völkischen Idee, die eine Zugehörigkeit zum "Volkskörper" nur über Abstammungslinien denken kann.

In der aktuellen Debatte um Fiskalpakt und Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) fällt auf, dass die Rechten ausschließlich den ESM kritisieren und den Fiskalpakt oft nicht einmal erwähnen. Das liegt daran, dass die europaweite Kürzungspolitik für die Rechten überhaupt kein Problem darstellt. Dass Geld aus Deutschland anderen Ländern zugute kommen könnte, ist die große und die einzige Angst der Rechten in der Eurokrise. Zugleich verdeckt diese Argumentation die Konflikte im ‚inneren‘. So beruhen etwa die ‚deutsche Exportweltmeisterschaft‘ und die damit einhergehenden wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa, wesentlich auf geringen Löhnen hierzulande, während die Unternehmer und Aktionäre

profitieren.

Mit Nationalisten, die solche Positionen vertreten und auf eine autoritäre Lösung der Krise zielen ist keinerlei Zusammenarbeit möglich. Jede öffentliche Gemeinsamkeit mit diesen Kräften würde nur dazu beitragen, ihren Einfluss zu stärken und damit den Weg für nationalchauvenistisches Gedankengut zu öffnen. Gerade weil es in großen Teilen der Bevölkerung eine starke Verunsicherung in Zeiten der Krise gibt, gilt es gegen diese Kräfte und ihrem Denken und Handeln zu mobilisieren und offensiv für Wege zu einem solidarischen Europa und einer solidarischen Weltwirtschaft zu streiten.